

DEUTSCHER BUNDESTAG
Ausschuss für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend
- Sekretariat -
14. Wahlperiode

Bilanz der Arbeit des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in der 14. Wahlperiode

A. Zahlen und Fakten:

I. Sitzungen

In der 14. Wahlperiode hat der Ausschuss

98 Sitzungen durchgeführt
davon

15 öffentliche Anhörungen
4 auswärtige Sitzungen
1 erweiterte öffentliche Ausschuss-
beratung

II. Vorlagen

Insgesamt wurden dem Ausschuss
893 Vorlagen überwiesen, davon

102 federführende Vorlagen
davon
63 Bundestagsdrucksachen (Gesetz-
entwürfe, Anträge etc.)
39 EU-Vorlagen (Vorschläge des EP,
der Kommission etc. für Richtlinien u.ä.)

791 mitberatende Vorlagen

III. Sonstige Aktivitäten

13 Delegationsreisen
25 Gespräche mit Verbänden und son-
stigen Gästen im Ausschuss
7 Internet-Diskussionsforen,
1 Online- Konferenz
1 internationale Konferenz der europäi-
schen Gleichstellungsausschüsse in
den Parlamenten (NCEO 2000 in
Berlin)

B. Inhaltliche Schwerpunkte

I. Vorlagen¹

Familienpolitik

Änderung des Erziehungsgeldgesetzes

Mit dem Gesetz soll die Situation vor allem junger Familien durch strukturelle Veränderungen bei Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub verbessert werden (**Beschlussempfehlung: 14/3808**).

Der überholte Begriff "Erziehungsurlaub" wird ersetzt durch die Bezeichnung "Elternzeit". Dieser Begriff macht die gemeinsame partnerschaftliche Verantwortung von Mutter und Vater für die Erziehung deutlich (**Beschlussempfehlung: 14/4266**).

Sechster Familienbericht

Familien ausländischer Herkunft in Deutschland

Der Bericht setzt sich mit der Situation ausländischer Familien auseinander und zeigt Wege auf, wie sie unterstützt und ihre Integration in die Gesellschaft der Bundesrepublik erleichtert werden kann (**Beschlussempfehlung: 14/8393**).

Familie ist, wo Kinder sind – Politik für ein familien- und kinderfreundliches Deutschland

Zum Ende der Wahlperiode wurde im Juni **2002** noch ein Entschließungsantrag zur Familienpolitik (14/8790) verabschiedet. Die berechtigten Interessen von Familien sollen auf allen Ebenen berücksichtigt werden (**Beschlussempfehlung: 14/ 9657**).

Seniorenpolitik

Entwurf eines Gesetzes über die Berufe in der Altenpflege (Altenpflegegesetz - AltPflG)

2000 behandelte der Ausschuss den Gesetzentwurf der Bundesregierung, der bundeseinheitliche Standards für die Altenpflege-Ausbildung vorsieht und die Berufsbe-

¹ Der Text bezieht sich nur auf angenommene Vorlagen.

zeichnung schützt (**Beschlussempfehlung: 14/3736**).

Novellierung des Heimgesetzes

Eine umfassende Neuregelung war erforderlich, um den veränderten Rahmenbedingungen und den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, u.a. verstärkte Mitwirkungsrechte der Bewohner (**Beschlussempfehlung: 14/6366**).

Altenbericht

Der **Dritte Altenbericht** der Bundesregierung enthält eine Bilanz der Zeit nach Vollendung der Deutschen Einheit sowie Zukunftsperspektiven für die Altenpolitik des 21. Jahrhunderts (**Beschlussempfehlung 14/7995**).

Frauenpolitik

Anteil von Frauen in wesentlichen Gremien im Einflußbereich des Bundes der Besetzung von Gremien im Einflussbereich des Bundes.

Der Ausschuss befasste sich **1999** mit dem Anteil von Frauen in wesentlichen Gremien im Einflussbereich des Bundes, der immer noch zu gering ist (**Beschlussempfehlung: 14/1610**).

Neue Initiativen zur Frauenbeschäftigung
Angenommen wurde im Februar **2000** mehrheitlich ein entsprechender Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (**Beschlussempfehlung: 14/2746**).

Gleichstellung im Öffentlichen Dienst

Im Juni **2001** befasste sich der Ausschuss mit dem **Gleichstellungsdurchsetzungsgesetz** (DgleiG).

Das Gesetz verlangt die bevorzugte Berücksichtigung von Frauen im Falle ihrer Unterrepräsentanz. Außerdem enthält es konkrete Benachteiligungsverbote (**Beschlussempfehlung: 14/6898**).

CEDAW

Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau

Der Ausschuss befasste sich im Oktober **2001** mit Gesetzentwürfen zur Ergänzung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18. Dezember 1979 (**Beschlussempfehlung: 14/7334**).

Gewalt gegen Frauen

Mitberatend war der Ausschuss bei dem sog. **Gewaltschutzgesetz** tätig, das der Frau im Falle häuslicher Gewalt unter erleichterten Umständen eine Zuweisung der ehelichen Wohnung ermöglicht. Weitere Vorlagen, mit denen sich der Ausschuss im Sommer **2001** federführend befasste, waren

- der Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Drucksache 14/2812) sowie
- ein Antrag der Fraktion der PDS: Frauenrechte sind Menschenrechte - Gewalt gegen Frauen effektiver bekämpfen,
- ein Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Ankündigungen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen umsetzen und
- eine Entschließung des Europäischen Parlaments 'Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung des Frauenhandels'.

(**Beschlussempfehlung: 14/6902**)

Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation der Prostituierten

Der Gesetzentwurf, den der Bundestag im Oktober **2001** verabschiedete, beinhaltet einen durchsetzbaren zivilrechtlichen Anspruch auf Entgelt für die Prostituierten, einen Zugang zu den Sozialversicherungssystemen und die erleichterte Schaffung eines angemessenen Arbeitsumfeldes durch Änderung des StGB (**Beschlussempfehlung: 14/7174**).

Novellierung des Mutterschutzrechts

Der **2002** verabschiedete Gesetzentwurf, dient der Umsetzung der EG - Mutterschutz-Richtlinie. Bei jeder vorzeitigen Entbindung soll sich die Mutterschutzfrist nach der Geburt entsprechend verlängern (**Beschlussempfehlung: 14/8525**).

Ergänzungen des Mutterpasses

Nach dem im Juni **2002** angenommenen Antrag der Koalitionsfraktionen soll sich die

Bundesregierung dafür einsetzen, dass der Mutterpass um einen Hinweis auf den Anspruch auf psychosoziale Beratung ergänzt wird (**Beschlussempfehlung: 14/9494**).

Jugend

Jugendschutzgesetz

Der **2002** angenommene Gesetzentwurf zielt auf eine umfassende Neuregelung des Jugendschutzes unter Zusammenfassung der medienrechtlichen Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit mit den Regelungen des Gesetzes über jugendgefährdende Schriften. Hinzu kommt ein Verbot der gewerblichen Abgabe von Tabakwaren an unter 16jährige (**Beschlussempfehlung: 14/9410**).

Kinder- und Jugendberichte

Der Ausschuss befasste sich **2000** mit dem **10. Kinder- und Jugendbericht** der Bundesregierung (**Beschlussempfehlung: 14/1681**) und hat **2002 den 11. Kinder- und Jugendbericht** beraten. Dieser analysiert die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder – und Jugendhilfe in Deutschland. Die Bedingungen für das Aufwachsen werden als nicht nur familiäre Aufgabe, sondern als Bestandteil der öffentlichen Verantwortung gewertet. Dabei führte der Ausschuss die abschließende Beratung als **erweiterte öffentliche Ausschussberatung nach § 69 a GOBT** durch (Beschlussempfehlung: derzeit Ausschuss-Drucks. 14/893)

Jugendmedienschutz

Ein wichtiges Thema war im Zuge der stets verfügbaren und schnell überall verbreiteten digitalen Medien der Jugendmedienschutz. In der **2001** verabschiedeten Entschließung wurde festgestellt, dass neue Medien keinen rechtsfreien Raum konstituieren könnten (**Beschlussempfehlung: 14/6675**).

Freiwilligendienste

Im Jahr **2002** wurden die Regelungen zum Freiwilligen Sozialen und Ökologischen Jahr reformiert. Ziel war es, das freiwillige Engagement junger Menschen zu fördern. Besonders wichtig ist die Anrechnung eines

freiwilligen Dienstes bei der Heranziehung zum Pflichtdienst für anerkannte Kriegsdienstverweigerer (**Beschlussempfehlung: 14/8634**)

Jugendprogramme in Europa

1999 setzte sich der Ausschuss für die europäischen Jugendprogramme und deren bessere Ausstattung ein. Der Jugendaustausch wird als bewährtes Instrument der internationalen Verständigung und Zusammenarbeit hervorgehoben. (**Beschlussempfehlung: 14/1065**)

Zivildienst

Einsetzung eines Vertrauensmanns

Der Gesetzentwurf sieht ein einfacheres Wahlverfahren vor, um die Akzeptanz des Vorgangs zu erhöhen (**Beschlussempfehlung: 14/3524**)

Kinder

Auch in der 14. Wahlperiode hat der Ausschuss die Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder, die **Kinderkommission**, als Unterausschuss eingesetzt².

Ächtung der Gewalt in der Erziehung

Der Ausschuss war mitberatend tätig bei dem Gesetzentwurf, der jedem Kind das Recht auf gewaltfreie Erziehung einräumt.

II. Andere Aktivitäten des Ausschusses in der 14. Wahlperiode **Delegationsreisen, auswärtige Sitzungen, Konferenzen und Diskussionsforen**

1999

Delegationsreise nach Frankreich

Zielsetzung der Reise war die Information über die französische Situation in Bezug auf **frauen-, jugend- und familienpolitische Fragen, insbesondere Kinderbetreuung**.

² Bericht erfolgt als gesonderter Beitrag

2000**Delegationsreise nach Israel**

Die Reise wurde vornehmlich zur Information über die Situation von **Frauen im Militär** durchgeführt.

VN-Sondergeneralversammlung "Frauen 2000 - Gleichstellung, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert"

Die Sondergeneralversammlung, an der mehr als 10 000 Personen aus mehr als 180 Ländern teilnahmen, befasste sich mit der **Umsetzung der Ergebnisse der vierten Weltfrauenkonferenz**³

Auswärtige Ausschusssitzung in Schleife

Ferner besuchte der Ausschuss im Jahr **2000** eine **Zivildienstschule** in Schleife (Brandenburg) um sich ein Bild von den Lern- und Arbeitsbedingungen im Zusammenhang mit den Einführungslehrgängen zu machen.

Delegationsreise nach Polen und Tschien

Schwerpunkte der Reise waren die Themenkomplexe **Zwangsprostitution, Menschenhandel, Kindesmissbrauch und Kinderprostitution**.

NCEO - Konferenz unter deutscher Präsidentschaft in Berlin

Die 1997 gegründete „Konferenz der für Fragen der Gleichberechtigung zuständigen Ausschüsse der Parlamente der EU - Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments“ (NCEO/CCEO) hat zum Ziel, den Erfahrungs- und Meinungs austausch zwischen den Fachausschüssen der nationalen Parlamente zu intensivieren und gemeinsam die Behandlung der Fragen der Gleichberechtigung im Rahmen der europäischen Integration zu verfolgen. Die jährlich wechselnde **Präsidentschaft** übernahm im Jahr **2000 der Ausschuss für Familien, Senioren, Frauen und Jugend des Bundestages** und führte in dieser Eigenschaft eine Konferenz mit ca. 150 TeilnehmerInnen durch⁴.

³ 1995 in Peking

⁴ Konferenzbericht mit Programm und Teilnehmerliste ist zu bestellen unter familienausschuss@bundestag.de

2001**Auswärtige Sitzung in Brüssel**

Themen waren unter anderem: Gespräch mit der EU-Kommissarin für Beschäftigung und Soziales, Anna Diamantopoulou, Treffen mit Vertretern von Lobbyverbänden (Europäische Frauen-Lobby, Europäisches Jugendforum, BAGSO u.a.), mit dem Vorsitzenden des Wirtschafts- und Sozial-Ausschusses sowie Teilnahme an der Sitzung des Ausschusses für Frauenrechte.

Auswärtige Ausschusssitzung in Potsdam

Der Ausschuss informierte sich hier über die Arbeit des Bundesweiten **Koordinierungskreises gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess** e.V.

Delegationsreise in die Niederlande

Ein Schwerpunkt der Reise, die vor dem Hintergrund der Gesetzgebung zum Heimgesetz stattfand, lag auf der Information über die **Seniorenpolitik der Niederlande**. Gegenstand der Information waren ferner die **niederländische Behindertenpolitik**, das niederländische Euthanasie-Gesetz sowie der Diskussionsstand zur Frage der Pränatalen Diagnostik/Präimplantationsdiagnostik.

Stockholm**Teilnahme an der Konferenz der Gleichstellungsausschüsse**

Der Hauptteil des Konferenzprogramms, an dem Abgeordnete wie auch Bundesratsvertreterinnen teilnahmen, befasste sich mit **Gender Mainstreaming**.

2002**Delegationsreise in die USA**

Die Abgeordneten informierten sich vor dem Hintergrund der Ende Januar 2002 anstehenden parlamentarischen Entscheidung zum **Stammzellenimport** über die embryonale **Stammzellenforschung** in den USA und über den Themenkomplex **Fortpflanzungsmedizin, Präimplantationsdiagnostik und Pränataldiagnostik**.

Teilnahme an der VN-Konferenz in Madrid (Weltalternkonferenz)

Die Konferenz im April 2002 befasste sich mit der Überprüfung der **Umsetzung des Weltaltenplans**, der 1982 in Wien verabschiedet worden war.

Sie fand vor dem Hintergrund einer schnell alternden Weltbevölkerung statt und thematisierte die **Auswirkungen** auf viele Bereiche: Strukturen des **Arbeitsmarktes**, die **Sozialen Sicherungssysteme**, **Gesundheitsvorsorge**, **Stadtplanung** etc.

Delegationsreise nach Litauen und Estland

Die letzte Ausschussreise führte in die Baltischen Staaten Litauen und Estland mit dem Ziel, sich über die **Themenkomplexe Menschenhandel – vor allem Frauenhandel** – zu informieren und sich über die Fortschritte sowie die Einflussnahme dieser Staaten hinsichtlich der Bekämpfung des Menschenhandels einen Einblick zu verschaffen.

Internet-Diskussionsforen

In der **14. Wahlperiode** wurde erstmals der Dialog mit den Bürgern durch Internet-Diskussionsforen gesucht.

Diskussionsforen wurden in 2001 bis zur Sommerpause 2002 zu folgenden Themenkomplexen durchgeführt:

- **Anonyme Geburten**
- **Erziehungsurlaub**
- **Frauenhandel**
- **Freiwilligendienste**
- **Gleichstellung**
- **Jugendschutz**
- **Zivildienst**